

DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK IM SPANNUNGSFELD VON ANGEBOTS- UND NACHFRAGEORIENTIERUNG

Die Soziale Marktwirtschaft hat dazu beigetragen, in Deutschland ökonomischen Wohlstand und soziale Sicherheit für weite Teile der Bevölkerung zu erzeugen. Gleichzeitig wird diese positive Entwicklung auch immer wieder von Herausforderungen begleitet, zum Beispiel von Wachstums- und Beschäftigungseinbrüchen.

Das vielstimmige Konzert der Meinungen in den wirtschaftspolitischen Diskussionen, die Abhilfe versprechen, lässt sich im Kern auf zwei Konzeptionen reduzieren: die Angebots- versus die Nachfrageorientierung. Der größte Unterschied zwischen beiden besteht in der wirtschaftspolitischen Rolle, in der sie jeweils den Staat sehen: Staatsintervention aufseiten der Nachfrageorientierung, weitgehende Staatsabstänze aufseiten der Angebotsorientierung. Doch was ist der effektivere Lösungsweg, um Beschäftigungs- und Wachstumskrisen zu bewältigen?

Ein Erklärfilm zeigt die Unterschiede zwischen einer angebots- und einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik, in dessen Anschluss sich die Schülerinnen und Schüler mit den Stärken und Schwächen der beiden Konzeptionen kritisch auseinandersetzen.

ÜBERBLICK ÜBER DIE UNTERRICHTSEINHEIT

THEMENBEREICH	Wirtschaftspolitik → angebots- und nachfrageorientierte Wirtschaftskonzeption
VORWISSEN	Wirtschaftskreislauf, Konjunktur, magisches Vier- und Vieleck, Grundlagen der Geld- und Fiskalpolitik, Europäische Union, EZB
ZEITBEDARF	2 Unterrichtsstunden
METHODEN	Positionslinie, Fishbowl-Diskussion
KOMPETENZEN	Die Schülerinnen und Schüler ... <ul style="list-style-type: none"> • erläutern und analysieren die wirtschaftspolitischen Konzeptionen der Angebots- und der Nachfrageorientierung. • können am Beispiel aktueller wirtschaftspolitischer Herausforderungen Maßnahmen differenziert nach Nachfrage- und Angebotsorientierung darstellen und beurteilen.
SCHLAGWORTE	Keynes, gesamtwirtschaftliche Nachfrage, Fiskalpolitik, deficit spending, Friedman, Geldmenge / Geldmengewachstum, Monetarismus, Deregulierung, Mindestlöhne, Finanzkrise 2008
AUTOR	Dr. Stephan Podes
PRODUKTION	C.C.Buchner Verlag

KEYNES ODER FRIEDMAN – WIRTSCHAFTSPOLITIK ZWISCHEN NACHFRAGE- UND ANGEBOTSORIENTIERUNG

Auch erfolgreiche Marktwirtschaften wie die Soziale Marktwirtschaft sind gekennzeichnet von **Wachstums- und Beschäftigungskrisen**. Die konkrete wirtschaftspolitische Debatte um die richtige Bewältigung dieser Herausforderung wird sehr schnell unübersichtlich. Tatsächlich konkurrieren hier im Kern zwei wirtschaftspolitische Grundkonzeptionen um den richtigen Lösungsweg: die Nachfrage- und die Angebotsorientierung. Sie unterscheiden sich in erster Linie dadurch, welche Rolle sie dem Staat bei der Wirtschaftspolitik zuweisen.

Die **Nachfragetheorie** geht auf den englischen Nationalökonom **John Maynard Keynes** (1883 – 1946) zurück und stellt das Problem der Arbeitslosigkeit, das er in einer unzureichenden gesamtwirtschaftlichen Nachfrage begründet sieht, in das Zentrum der Überlegungen. Der Markt allein sei nicht in der Lage, aus dieser Situation eines Unterbeschäftigungsgleichgewichts herauszufinden. Deshalb sollte der Staat eine aktive Rolle bei der Steuerung der Konjunktur übernehmen und dafür sorgen, dass zusätzliche gesamtwirtschaftliche Nachfrage entsteht. Im Mittelpunkt der empfohlenen Maßnahmen stehen vor allem die staatliche Haushalts- und Steuerpolitik. Die Geldpolitik der Zentralbank sollte die staatliche Politik unterstützen. Die Maßnahmen seien jeweils so zu treffen, dass sie in Zeiten der Hochkonjunktur die Nachfrage dämpfen und in Zeiten der Rezession die Nachfrage beleben (antizyklische Wirtschaftspolitik).

Die **Schwächen** der keynesianischen Beschäftigungspolitik werden in den zu erwartenden zeitlichen Verzögerungen (time lags) zwischen den wirtschaftspolitischen Entscheidungen und ihren Wirkungen, im Ansteigen der Staatsquote und damit der Abgaben- und Steuerbelastung sowie in der steigenden Staatsverschuldung zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte gesehen.

In der **Theorie des klassischen Liberalismus** dagegen, dessen prominentester Vertreter der Wirtschaftsnobelpreisträger **Milton Friedman** (1912 – 2006) ist, spielt der Staat nur eine passive Rolle bei der Gestaltung des Wirtschaftsprozesses. Träger wirtschaftlichen Handelns sei das Individuum, zentrales Koordinierungsinstrument der freie Markt. Die neoklassisch orientierte Politik sieht Wachstums- und Beschäftigungskrisen eher strukturell als konjunkturell bedingt. Der Staat solle die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern und sich zur konjunkturellen Entwicklung neutral verhalten. Wachstum und Beschäftigung würden durch eine Verbesserung der Angebotsbedingungen gefördert. Geeignete Maßnahmen im Rahmen dieser Theorie sind eine Versteigerung des Geldmengenwachstums (Monetarismus) und die Verbesserung der Rentabilität von Unternehmensinvestitionen, z. B. durch Steuersenkungen, moderate Lohnabschlüsse und eine Deregulierung des Arbeitsmarktes.

Schwächen der Angebotstheorie liegen insbesondere in der Fixierung auf die Kosten. Die Gewinne der Unternehmen hängen jedoch nicht nur von niedrigen Produktionskosten und geringen Steuerbelastungen ab. Die angebotenen Produkte müssen auch abgesetzt werden. Und dies ist nur möglich, wenn die entsprechende Kaufkraft vorhanden ist.

In der konkreten Tagespolitik ist eine prinzipientreue Wirtschaftspolitik, die einer der beiden Konzeptionen in Reinkultur verpflichtet ist, kaum möglich. Es besteht eine starke Tendenz zu einem Mix aus wirtschaftspolitischen Elementen der Angebots- und der Nachfrageorientierung.

Literaturhinweise:

- Buhr, Daniel et al. (2014): Wirtschaft und Politik – eine Einführung, Stuttgart, S. 49-57.
- Mankiw, N.G./Taylor, M.P. (2018): Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, Stuttgart, Teil 14.

Zeit	Phase	Inhalte	Materialien	Tipps/Hinweise
1. Unterrichtsstunde				
15'	Einstieg	Die SuS analysieren das fiktive Streitgespräch zu Bitcoins im Hinblick auf den Konflikt Staat versus Markt.	M1 Sollen wir alle mit Bitcoins zahlen? Ein fiktives Streitgespräch M2 Bitcoin – eine digitale Währung	M1 kann mit verteilten Rollen vorgelesen werden. Bearbeitung der Aufgabe in Einzelarbeit
5'	Sicherung	Die Antworten der SuS werden gesammelt und an der Tafel festgehalten.		Unterrichtsgespräch und Festhalten der Ergebnisse an der Tafel
15'	Erarbeitung und Sicherung	Die SuS erarbeiten die zentralen Merkmale des angebots- und nachfrageorientierten Konzeptes und vergleichen diese.	Film: Angebots- und Nachfrageorientierung (Erklärfilm) Arbeitsblatt: Die wirtschaftspolitischen Konzepte	Partnerarbeit Das Arbeitsblatt mit dem Arbeitsauftrag sollte vor der Filmsichtung ausgeteilt werden. Überprüfen der Ergebnisse mithilfe der Dokumentenkamera
10'	Vertiefung	Die SuS fällen ein erstes Urteil darüber, welche wirtschaftspolitische Konzeption sie mehr überzeugt.		Methode: Positionslinie möglich Alternativ kann die Positionslinie auch mit dem digitalen Umfragetool durchgeführt werden (s. TeachEconomy.de). Beamer / Whiteboard und mobile Endgeräte der SuS erforderlich Digitale Umfrage: Positionslinie

Zeit	Phase	Inhalte	Materialien	Tipps/Hinweise
2. Unterrichtsstunde				
15'	Erarbeitung	Die SuS ordnen die wirtschaftspolitischen Positionen aus dem Jahresgutachten 19/20 des Sachverständigenrates (Angebots- oder Nachfrageorientierung) begründet zu.	M3 Aus dem Jahresgutachten 2019/20 des Sachverständigenrates- Den Strukturwandel meistern M4 Aus dem Jahresgutachten 2019/20 des Sachverständigenrates: Eine andere Meinung von Isabel Schnabel und Achim Truger	Arbeitsteilige Partnerarbeit
10'	Anwendung	Die SuS wählen jeweils eine angebots- bzw. eine nachfrageorientierte wirtschaftspolitische Maßnahme aus und stellen deren Wirkungen gemäß der Kreislauftheorie dar.		Partnerarbeit möglich Aufgabe 5 ist optional und kann z. B. als Differenzierung für schnellere SuS eingesetzt oder als Hausaufgabe aufgegeben werden. Die SuS können ihre Ergebnisse auf einem Plakat grafisch darstellen.
20'	Vertiefung	Die SuS setzen sich mit der Frage auseinander: „Soll Deutschland weiter sparen oder Schulden machen, um mehr zu investieren? Wer hat Recht: die angebots- oder die nachfrageorientierte Position?“	M5 Kontrovers diskutiert: Wie hältst du es mit der „schwarzen Null“?	Arbeitsteilige Gruppenarbeit Methode: Fishbowl-Diskussion Differenzierungsmöglichkeit: Man gibt den SuS nur eine der beiden Positionen an die Hand und lässt sie die Gegenposition selbst formulieren (sehr anspruchsvoll).

M1 Sollen wir alle mit Bitcoins zahlen? Ein fiktives Streitgespräch

Von F. A. Hayek
Betreff Bitcoin
An John Maynard Keynes

Sehr geehrter Herr Keynes,

es gibt Dinge, die selbst in mir Zuversicht wecken. Offenbar bekommen die Zentralbanken – diese furchtbaren Festungen der staatlichen Kontrolle über das Geld – endlich einen ernst zu nehmenden Konkurrenten. Ich habe das immer gehofft, aber kaum zu glauben gewagt.

Ihr F. A. Hayek

Von John Maynard Keynes
Betreff RE: Bitcoin
An F. A. Hayek

Ach du meine Güte, Hayek,

mir schwant Böses. Sie werden doch nicht etwa mit diesem Computerunsinn kommen? Das ist doch höhere Mathematik, und die war ja nun noch nie Ihre Stärke.

Ihr John Maynard

Von F. A. Hayek
Betreff RE: Bitcoin
An John Maynard Keynes

Sehr geehrter Herr Keynes,

ja, ich spreche von Bitcoin! Ich muss zugeben, dass mir der technische Mechanismus nicht ganz verständlich ist, aber ich könnte ja auch nicht auf Anhieb erklären, wie eigentlich Gold entsteht. Der springende Punkt ist: Es entsteht eine Alternative zum Geld der Notenbanken, die unter politischem Einfluss stehen und daher nicht einfach die verlässlichste Währung anbieten, sondern von anderen Erwägungen geleitet werden. Der Wettbewerb zieht jetzt also dort ein, wo er am dringendsten hingehört.

Ihr F. A. Hayek

Von John Maynard Keynes
Betreff RE: Bitcoin
An F. A. Hayek

Oh Hayek,

der Vergleich mit dem Gold musste ja kommen. Sie haben nie verwunden, dass wir einst den unseligen Goldstandard aufgegeben haben, dieses „barbarische Relikt“ (Keynes, 1923). Um sich dafür zu rächen, kommen Sie jetzt mit diesem Maschinengeld. Wir brauchen die Geldpolitik als Mittel, um die Konjunktur zu steuern und Arbeitslosigkeit einzudämmen. Und nicht irgendwelche Pseudowährungen, die auf undurchsichtige Weise in die Welt gelangen.

John Maynard

Von F. A. Hayek
Betreff Bitcoin
An John Maynard Keynes

Sehr geehrter Herr Keynes,

Ihre geliebte Geldpolitik hat doch in den vergangenen Jahrzehnten nur Unglücke verursacht – Immobilienblasen, Aktienblasen, Inflation. Und wenn Sie von einer Pseudowährung sprechen, dann fällt mir dafür als gutes Beispiel etwas ganz anderes ein: nämlich der seltsame Euro. Im Vergleich zu diesem durch und durch politischen Konstrukt ist Ihr Pfund ja noch eine echte Bank.

Ihr F. A. Hayek

Von John Maynard Keynes
Betreff RE: Bitcoin
An F. A. Hayek

Hayek,

nun ist Ihr Bitcoin ja in der Welt. Und was passiert? Ganoven nutzen ihn zur Geldwäsche und der Wert der „Währung“ springt durch die Gegend wie ein wild gewordenes Pferd. Ist das Ihre schöne neue Welt?

Keynes

Von F. A. Hayek
Betreff Bitcoin
An John Maynard Keynes

Sehr geehrter Herr Keynes,

lassen Sie den Menschen doch Ihre Freiheit, die Währung zu wählen, die sie benutzen möchten. Ich darf mich selbst zitieren: „Es gibt kein effektiveres Mittel gegen den staatlichen Missbrauch von Geld, als wenn es den Menschen freistünde, Geld abzulehnen, dem sie misstrauen, und Geld zu benutzen, dem sie Vertrauen entgegen bringen“ (Hayek, 1976).

Ihr F. A. Hayek

Capital 03/2014, S. 12

INFO

John Maynard Keynes (1883 – 1946)

war ein britischer Ökonom, Politiker und Mathematiker. Er gilt als Begründer der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik.

Friedrich August von Hayek (1899 – 1992)

war ein österreichischer Ökonom und Sozialphilosoph und zählt zu den wichtigsten Denkern des Liberalismus im 20. Jahrhundert.



Angebots- und Nachfrageorientierung (Erklärfilm)

Bei dieser Wahl stehen sich zwei Kontrahenten gegenüber, die ganz unterschiedlicher Ansicht sind, wenn es darum geht, wie man Wachstums- und Beschäftigungskrisen begegnen sollte. Da ist auf der einen Seite John Maynard Keynes. Er ist Kandidat der NWP, der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik. Auf der anderen Seite steht Milton Friedman, der Kandidat der AWP, der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik und Verfechter des Monetarismus. Doch welches Konzept ist überzeugender? Der Film erklärt die Unterschiede zwischen einer angebots- und einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik, wobei auch deren jeweilige Schwächen in den Blick genommen werden.

Arbeitsblatt: Die wirtschaftspolitischen Konzepte

	KEYNES nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik	FRIEDMAN angebotsorientierte Wirtschaftspolitik (Monetarismus)
Diagnose	 <hr/> <hr/> <hr/>	 <hr/> <hr/> <hr/>
Ansatzpunkte	 <hr/> <hr/> <hr/>	 <hr/> <hr/> <hr/>
Maßnahmen	 <hr/> <hr/> <hr/>	 <hr/> <hr/> <hr/>
Kritik	 <hr/> <hr/> <hr/>	 <hr/> <hr/> <hr/>

AUFGABEN

2. Sehen Sie sich den Erklärfilm an und arbeiten Sie die zentralen Merkmale der beiden wirtschaftspolitischen Konzepte heraus. Halten Sie Ihre Ergebnisse auf dem Arbeitsblatt fest.
3. Denken Sie noch einmal an das Bitcoin-Streitgespräch und fällen Sie ein erstes Urteil: Welche wirtschaftspolitische Konzeption überzeugt Sie mehr?

M3 Aus dem Jahresgutachten 2019/20 des Sachverständigenrates: Den Strukturwandel meistern



© Sachverständigenrat

Mitglieder des Sachverständigenrates 2019: Prof. Volker Wieland, Prof. Lars P. Feld, Prof. Christoph M. Schmidt, Prof. Isabel Schnabel, Prof. Achim Truger (v. l.)

Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich im Abschwung. Bislang ist jedoch nicht von einer breiten und tiefergehenden Rezession auszugehen. Im laufenden Jahr dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) mit einer Zuwachsrate von 0,5 % merklich weniger stark wachsen als in den Vorjahren. Es ist zu erwarten, dass sich die schwache wirtschaftliche Dynamik mindestens bis in das kommende Jahr hinzieht und das Wachstum mit 0,9 % (kalenderbereinigt 0,5 %) im Jahr 2020 schwach bleiben wird. [...]

Über die bereits expansiv ausgerichtete Fiskal- und Geldpolitik hinaus fiskalisch gegenzusteuern, etwa mithilfe eines Konjunkturprogramms, ist angesichts des als moderat einzuschätzenden Wachstumsrückgangs und der Probleme der aktiven Konjunktursteuerung derzeit nicht angezeigt. Vielmehr sollte es zunächst darum gehen, die vorhandenen automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen. Die Schuldenbremse schließt durch die Konjunkturbereinigung eine Neuverschuldung zu diesem Zweck nicht aus. Zusätzlich könnten Maßnahmen zur Erhöhung des Wachstumspotenzials und der Bewältigung struktureller Herausforderungen, wie zum Beispiel Steuerensenkungen [z. B. Senkung von Einkommenssteuern, vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags], umgesetzt werden und zusätzliche, durchaus kurzfristig wirkende Wachstumsimpulse geben. [...]

Zugleich sind dafür keine Änderungen der Schuldenbremse und somit keine Erhöhung der strukturellen

Verschuldungsmöglichkeiten des Staates nötig. [E]ine glaubwürdige Rückführung der Schuldenstandsquote mithilfe der Schuldenbremse [sendet] ein wichtiges Signal für die Finanzmärkte und die anderen EU-Mitgliedstaaten. [...]

Zu den konjunkturellen Gründen für den Rückgang der Wachstumsraten dürften strukturelle Ursachen treten, auf welche die Wirtschaftspolitik während der langen Phase des Aufschwungs nicht ausreichend reagiert hat. So zeigt sich seit einiger Zeit eine anhaltend schwache Produktivitätsentwicklung. Dabei ist der Rückgang des Produktivitätswachstums zwar ein internationales Phänomen. Da der Wohlstand einer Volkswirtschaft jedoch von ihrer Innovationsfähigkeit abhängt, ist die nationale Politik gefordert, unternehmerisches Handeln zu stärken und die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass mehr Akteure bereit sind, unternehmerische Risiken einzugehen. [...] Bei der Steigerung der Produktivität kommt der effizienten Allokation der Ressourcen einer Volkswirtschaft eine wichtige Rolle zu. In Deutschland ist jedoch seit der Jahrtausendwende ein breit angelegter Rückgang der Unternehmensdynamik in allen Wirtschaftsbereichen zu beobachten. Dies ist unter anderem an der deutlichen Abnahme der Gründungen und Schließungen von Unternehmen und Betrieben abzulesen. Eine Industriepolitik, die für alle Marktakteure die geeigneten Rahmenbedingungen festlegt und die Wissensdiffusion und -teilung vorantreibt, kann den Boden für eine höhere Dynamik und Wettbewerbsfähigkeit bereiten. Der Schutz und die Subventionierung einzelner Wirtschaftsbereiche und Unternehmen können hingegen den Strukturwandel bremsen, da sie typischerweise zum Erhalt des Status quo genutzt werden. [...]

Zudem sollte die europäische Wettbewerbspolitik zwar an die neuen Technologien angepasst, aber nicht gelockert werden. Es wäre unverhältnismäßig, bereits heute aus Angst vor einem höheren Konkurrenzdruck durch ausländische Unternehmen auf die Vorteile des Wettbewerbs oder der Kapitalverkehrsfreiheit zu verzichten. Staatlich protegierte nationale oder europäische Champions sowie

75 Investitionsprüfungen ausländischer Direktinvestitionen werden nicht dazu imstande sein, die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Volkswirtschaft zu sichern. [...]

80 Neben der Steigerung der Produktivität kann das Heben ungenutzter Potenziale am Arbeitsmarkt dem demografisch bedingten Rückgang der

mittelfristigen Wachstumsaussichten entgegenwirken. Dazu zählt vor allem die Steigerung der Partizipation von Frauen und älteren Personen, etwa durch einen Ausbau der Ganztagsbetreuung, die Flexibilisierung von Arbeitszeiten oder einen flexiblen Renteneintritt. Zudem kann eine zielgerichtete Eingliederung von Langzeitarbeitslosen zusätzliche Arbeitskräfte mobilisieren. 85

Sachverständigenrat, Jahresgutachten 2019/20: Den Strukturwandel meistern, Wiesbaden 2019, S. 1-3, S. 5, S. 7 und S. 69

DEFINITION

Sachverständigenrat

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist ein unabhängiges Gremium der wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung. Gemäß dem gesetzlichen Auftrag verfasst er jährlich ein Gutachten, das die gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellt.

M4 Aus dem Jahresgutachten 2019/20 des Sachverständigenrates: Eine andere Meinung von Isabel Schnabel und Achim Truger

Die abweichende Meinung betrifft die Einschätzungen zur möglichen Ausgestaltung einer aktiven Konjunkturpolitik im Fall einer weiteren Abkühlung der konjunkturellen Lage. [...] Zwar sind die von der Ratsmehrheit beschriebenen Probleme diskretionärer antizyklischer Fiskalpolitik durchaus von Bedeutung. Dennoch sollten im Fall einer weiteren konjunkturellen Eintrübung die Probleme solcher Maßnahmen gegen deren Vorteile abgewogen werden. Sinnvoll könnten vor allem temporäre Maßnahmen sein, die – ähnlich wie einzelne Maßnahmen der Konjunkturpakete des Jahres 2009 – schnell umgesetzt werden und dabei zielgerichtet eine spürbar stabilisierende Wirkung entfalten könnten. [...]

Im Transferbereich wären Maßnahmen wie ein Kinderbonus möglich, der nicht auf die Grundsicherung angerechnet würde und so den privaten Konsum stimulieren könnte, falls die aktuelle konjunkturelle Schwäche auf diesen übergreift. Ein Vorziehen der für 2021 vorgesehenen Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags oder vorübergehende Abschläge auf die Einkommensteuer wären ebenfalls denkbar. Schließlich könnten spezifische Maßnahmen in Betracht gezogen werden, etwa Prämien für emissionsarme Autos. [...]

Dauerhafte Steuersenkungen können unter manchen Bedingungen sinnvoll sein. Dies gilt unabhängig von der konjunkturellen Situation, ähnlich wie bei einer langfristig angelegten öffentlichen Investitionsstrategie. Dauerhafte Steuersenkungen als Instrument der aktiven Konjunkturpolitik zu verwenden ist hingegen zumindest fragwürdig. Es ist zweifelhaft, dass strukturelle Maßnahmen, einschließlich der Schaffung

geeigneter Rahmenbedingungen, eine diskretionäre antizyklische Fiskalpolitik ersetzen können. [...]

Bei einer kompletten Abschaffung des Solidaritätszuschlags wäre zu bedenken, dass in hohen Einkommensklassen nur geringe Effekte auf den Konsum zu erwarten wären. Insofern könnte man infrage stellen, wie zielgerichtet eine solche Maßnahme wäre. Die von dauerhaften Steuersenkungen ausgehenden strukturellen fiskalischen Belastungen bergen zudem Risiken für die öffentlichen Haushalte. Die Finanzpolitik könnte zu erheblichen Steuererhöhungen an anderer Stelle oder zu Ausgabenkürzungen gezwungen werden, um die Schuldenbremse trotz Steuersenkung einzuhalten. Dies könnte zulasten dringender notwendiger Investitionen gehen. [...]

Wir sprechen uns nicht für eine Abschaffung der Schuldenbremse oder gar der europäischen Fiskalregeln aus, da wir durchaus anerkennen, dass hohe öffentliche Schulden problematisch sein können, weil [...] eine Tendenz zu einer übermäßigen Verschuldung bestehen kann und weil bei einer zu hohen Verschuldung Tragfähigkeitsprobleme entstehen könnten. Ebenso wenig geht es um eine Erhöhung der Verschuldung als Selbstzweck. Es geht uns vielmehr längerfristig um konzeptionelle Verbesserungen und kurzfristig um eine sinnvolle Anwendung der Schuldenbremse im bestehenden rechtlichen Rahmen. So kann eine etwas höhere Verschuldung zum Zweck öffentlicher (Netto-)Investitionen sinnvoll sein, ebenso wie zur Konjunkturstabilisierung. [...] Sollte es zu einem stärkeren Abschwung kommen, ist somit aktuell nicht gewährleistet, dass die Schuldenbremse hinreichende Spielräume bietet.

Sachverständigenrat, Jahresgutachten 2019/20: Den Strukturwandel meistern, Wiesbaden 2019, S. 70/71 und S. 298,302

AUFGABEN

- Arbeiten Sie die jeweiligen wirtschaftspolitischen Positionen aus M3 und M4 heraus und ordnen Sie die Argumente der Angebots- oder Nachfragekonzeption zu.
- Wählen Sie jeweils eine angebots- bzw. eine nachfrageorientierte wirtschaftspolitische Maßnahme aus und stellen Sie deren Wirkungen gemäß der Kreislauftheorie dar.

M5 Kontrovers diskutiert: Wie hältst du es mit der „schwarzen Null“?

Hinweis: Die Corona-Pandemie macht eine Erhöhung der Staatsausgaben notwendig, um die Krise bewältigen zu können. Die Debatte um die „schwarze Null“ ist in dieser Ausnahmezeit entsprechend verstummt. Sobald sich die Wirtschaft wieder erholt hat, bleibt aber die grundlegende Diskussion um die Höhe der Neuverschuldung.

„Es gibt keinen Grund, Schulden zu machen“

Herr Feld, macht es in Zeiten von Dauer-Niedrigzinsen, in denen sich der Staat zum Nulltarif verschulden kann noch Sinn, an der schwar-



© Sachverständigenrat

zen Null festzuhalten? Oder sollte man doch wieder Schulden machen, wie es viele Ihrer Ökonomen-Kollegen inzwischen fordern?

Zunächst muss man feststellen, dass die schwarze Null vor allem politischen Wert hat. Ökonomisch erhält sie allenfalls Sinn, um einen Sicherheitsabstand zu dem im Rahmen der Schuldenbremse erlaubten strukturellen Defizit von 0,35 Prozent zu gewährleisten. Zur Finanzierung der derzeit absehbaren notwendigen öffentlichen Investitionen ist genügend Geld da. Die Probleme der staatlichen Investitionstätigkeit liegen woanders – in unzureichender Finanzausstattung der Kommunen durch die Länder, in zähen Genehmigungsverfahren oder in Protesten der Bevölkerung.

Sollte man denn mit Blick auf die Herausforderungen beim Klimaschutz die schwarze Null aufgeben, wie es SPD-Kandidaten für den Parteivorsitz fordern? Oder sehen Sie die Gefahr, dass nun jeder Ausgabe das Etikett Klima umgehängt wird und so das Schuldenmachen erst wieder richtig losgeht?

In der Klimapolitik ist es vielmehr an der Zeit, grundsätzlich umzusteuern und CO₂ zu bepreisen, etwa durch einen nationalen Emissionshandel für die im EU-Emissionshandel nicht erfassten

Sektoren. Der bisherige Ausbau der erneuerbaren Energien war teuer und leistete keinen Beitrag zum Klimaschutz. Es gibt keinen Grund, sich für eine solch unsinnige Politik auch noch zu verschulden. Es geht aber denjenigen, die dies vorschlagen, vor allem darum, mehr Schulden zu machen. Der Begehrlichkeiten sind viele.

Die SPD-Kandidaten wollen auch die Schuldenbremse lockern, Ausgaben für Bildung und Klima sollen etwa nicht mehr eingerechnet werden. Halten Sie das für sinnvoll?

Nein, zusätzliche Ausgaben für Bildung und Klima sind im Rahmen der Schuldenbremse locker finanzierbar. Dies zeigen gerade die vergangenen Jahre seit der Finanzkrise.

Inwiefern?

Die Spielräume durch niedrigere Zinsausgaben in Höhe von mehr als 250 Milliarden Euro haben Bund, Länder und Gemeinden überproportional für höhere Konsum- und Transferausgaben eingesetzt, etwa im Bildungs- und Forschungsbereich beziehungsweise für Mütterrenten und abschlagsfreie Frühverrentung langjährig Versicherter, aber nur unterproportional für öffentliche Investitionen. Ich sehe nicht, warum sich daran durch mehr Schulden etwas ändern sollte. Dagegen spricht nicht zuletzt die Erfahrung mit dem alten Artikel 115 des Grundgesetzes, der Verschuldung in Höhe der Investitionen zuließ, ohne deren Rückgang aufzuhalten. Interessant ist zudem, dass hier schon die Verwischung des Investitionsbegriffs beginnt. Der Großteil der Bildungsausgaben zählt haushaltsrechtlich zum Konsum. Es fehlt nur noch die Umdeutung von Transferausgaben in Sozialinvestitionen.

Martin Greive, Interview mit Lars Feld, Handelsblatt, 8.8.2019

Lars Feld ist seit 2011 Mitglied des Sachverständigenrates. Er ist als Professor für Wirtschaftspolitik und Ordnungsökonomie an der Universität Freiburg tätig.

„Das war eine reine Schönwetter-Finanzpolitik“

WELT: Herr Truger, demnächst aktualisiert der Sachverständigenrat mit seinem Jahregutachten auch seine Konjunkturprognose. Vorab ge-



© Sachverständigenrat

fragt: Sind wir schon in der Rezession?

Achim Truger: Konjunkturelle Wendepunkte vorherzusagen ist notorisch schwierig. Wir sind gegenwärtig nicht in einer Krisensituation wie 2008 vor der Finanz- und Wirtschaftskrise, aber die aktuelle Konjunktur ist schwach, und es ist gut möglich, dass wir in eine richtige Rezession und eine Krise schlittern. Noch ist die Binnennachfrage stabil, und das ist ein gutes Zeichen. Es gibt allerdings schon Signale, die mir Sorgen machen und die auch die Politik ernst nehmen sollte. [...]

WELT: Wie sollte die Bundesregierung auf die Konjunkturschwäche reagieren?

Truger: Berlin sollte auf jeden Fall nicht gegen die Krise ansparen. Die Politik muss die schwarze Null aufgeben, das heißt auf einen ausgeglichenen Haushalt verzichten. Wenn die Konjunktur stärker einbricht, müsste die Bundesregierung gemeinsam mit Ländern und Kommunen ausloten, welche zusätzlichen Spielräume sie im Rahmen der Schuldenbremse noch mobilisieren kann.

WELT: Fordern Sie auch, die Schuldenbremse aufzugeben?

Truger: Ich halte die Schuldenbremse für eine ökonomisch schlechte Regelung. Ihre Abschaffung ließe sich politisch aktuell aber kaum durchsetzen. Die Regierung muss die Schuldenbremse auch gar nicht unbedingt aufgeben, um zum Beispiel mehr investieren zu können. Zunächst haben wir im Bundeshaushalt noch ungefähr fünf Milliarden Euro Spielraum, bis die Bremse greift. Auch in vielen Ländern existieren noch Puffer. Darüber hinaus könnte die Politik aber die Investitionen auch über

Extrahaushalte und öffentliche Unternehmen, die nicht der Schuldenbremse unterliegen, anheben. Die Deutsche Bahn braucht Investitionen und könnte sich als Unternehmen verschulden oder das Unternehmenskapital aufstocken. Da gäbe es mehrere Möglichkeiten. [...]

WELT: Ist denn der Bund finanziell für einen Abschwung gerüstet?

Truger: Der Bund kann sicher viel für die Konjunktur tun. Die Politik der schwarzen Null war und ist dafür aber nicht geeignet. Im Aufschwung hat die große Koalition alles, was an zusätzlichen Steuereinnahmen reinkam, gleich wieder verteilt. Dahinter stand keine finanzpolitische Strategie; das war eine reine Schönwetter-Finanzpolitik.

WELT: Das heißt, die große Koalition war zu ausgabenfreudig?

Truger: Es ist nicht falsch, wenn der demokratische Staat Maßnahmen wie die Mütterrente oder die Rente mit 63 umsetzt, er muss sie aber solide finanzieren. Die Bundesregierung hat einfach den konjunkturbedingten Finanzspielraum für neue dauerhafte Ausgaben genutzt, deren langfristige Finanzierung nicht gesichert ist. Soziale Politik ist gut, muss aber nachhaltig finanziert sein. [...]

WELT: Wie sinnvoll ist denn solch ein Investitionsprogramm? Bauplaner sind knapp, Baugenehmigungen werden nur schleppend erteilt, und die Bauunternehmen kommen mit Aufträgen ohnehin nicht mehr hinterher. Staatliches Geld würde den Mangel doch nur noch verstärken und im Zweifel nur die Preise treiben.

Truger: Deshalb ist wichtig, dass der Staat eine verlässliche Investitionsstrategie entwickelt. Die Regierung muss signalisieren, dass sie langfristig und dauerhaft mehr investieren wird und dass Geld dafür da ist. Dann könnten sich die Bauunternehmen darauf einstellen, mehr Mitarbeiter einstellen und neue Maschinen anschaffen. Bisher schrecken sie davor zurück, weil sie nicht wissen, wie lange der Bauboom noch anhält.

WELT: Die SPD fordert, die Vermögensteuer wieder aufleben zu lassen. Könnte da zusätzliches Geld herkommen?

Truger: Perspektivisch sind angesichts der zusätzlichen Ausgabenbedarfe auch zusätzliche Einnahmen nötig. Wenn wir das solide finanzieren wollen, kommen wir um etwas höhere Steuern kaum herum. Aber mit einer Vermögensteuer kann man natürlich nicht in der Krise beginnen. Das würde Unternehmen und Privatleute zusätzlich belasten.

WELT: Aber grundsätzlich sind Sie dafür?

Truger: Mittelfristig halte ich eine gut gemachte Vermögensteuer für sinnvoll. Es bräuchte ja auch einige Zeit, um sie einzuführen.

WELT: Aber eine Vermögensteuer bringt doch relativ wenig und ist ein bürokratisches Monstrum.

Truger: Die Vermögensteuer hat den Reiz, dass sie genau beim reichsten Teil der Bevölkerung ansetzt, dessen Einkommen besonders stark gestiegen sind und wo die Steuerentlastungen in der Vergangenheit am größten waren. Insofern kommt zum fiskalischen Bedarf auch eine verteilungspolitische Begründung. Aber man kann auch über Alternativen diskutieren. Das könnte ein höherer Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer sein oder eine Erbschaftsteuer mit weniger großzügigen Vergünstigungen für Betriebsvermögen als bisher.

Olaf Gersemann, Tobias Kaiser, Dorothea Siems, Interview mit Achim Truger, Welt.de, 20.9.2019

Achim Truger ist seit 2019 Mitglied des Sachverständigenrates. Er ist Professor für Sozioökonomie mit Schwerpunkt Staatstätigkeit und Staatsfinanzen an der Universität Duisburg-Essen.

DEFINITION

Schwarze Null

Die schwarze Null ist ein umgangssprachlicher Ausdruck für einen ausgeglichenen öffentlichen Haushalt, bei dem die Ausgaben die Einnahmen nicht übersteigen und kein Anstieg der öffentlichen Schulden, also keine Neuverschuldung, notwendig ist.

Schuldenbremse

Die Schuldenbremse bezeichnet eine 2009 in das Grundgesetz aufgenommene Bestimmung, mit der die Staatsverschuldung gebremst werden soll [Art. 109, 116, 143d GG]. Ab 2020 dürfen die Bundesländer keine neuen Schulden mehr machen, neue Schulden des Bundes dürfen ab 2016 höchstens 0,35% des Bruttoinlandsprodukts betragen. Ausnahmen für Naturkatastrophen oder Wirtschaftskrisen sind allerdings weiterhin vorgesehen.

AUFGABEN

6. Bereiten Sie sich mithilfe von M5 in arbeitsteiliger Gruppenarbeit auf eine Diskussion vor zum Thema: „Soll Deutschland weiter sparen oder Schulden machen, um mehr zu investieren? Wer hat Recht: die angebots- oder die nachfrageorientierte Position?“ Führen Sie die Diskussion durch.